

# Die Rückkehr der Geopolitik: Eine Ideologie und ihre fatalen Folgen

Zuerst erschienen in: Blätter für deutsche  
und internationale Politik 3/2013

Seit der Begriff Geopolitik 1899 von dem Schweden Rudolf Kjellén geprägt wurde,<sup>1</sup> beinhaltet er eine Denkweise, die versucht, die geografische Lage von Ländern und Kontinenten politisch zu deuten. Aufgrund dieser bereits im Begriff angelegten Überschneidung von Geografie und politischer Vorstellungskraft stellte die Geopolitik allerdings von Anfang an eine eigenartige Mischung aus Wissenschaft und Weltanschauung dar.

Zwar kann der konkreten Gestalt und Anordnung der einzelnen Kontinente und Länder tatsächlich eine politische Bedeutung zukommen. Doch sobald sich die Geopolitik auf deren Interpretation einlässt, neigt sie dazu, dieser Logik eine gewisse Ausschließlichkeit zuzusprechen. So tendieren viele geopolitische Analysen dahin, ganze Länder, Kulturkreise, Bevölkerungen und ihre Geschichte unter dem Diktat einer auf Machtausdehnung ausgerichteten Logik zu subsumieren und andere Perspektiven auszublenden. Die geopolitische Denkweise ist somit per se auf Vereinheitlichung ausgerichtet. Sie neigt dazu, das Verschiedene der geografischen, historischen und kulturellen Räume auf ein paar Linien auf einer Landkarte zu reduzieren. Das macht das Befremdliche dieser Logik aus. Die Unabänderlichkeit der Geografie, auf die sich die Geostrategen mit ihren auf Karten eingezeichneten Pfeilen, Kreisen und Linien berufen, verleiht ihren Analysen jedoch den Schein der Objektivität. Sie erzeugen dadurch den Eindruck, die Weltzusammenhänge wären grundsätzlich einschätzbar.

Dabei sind die Prämissen der Geopolitik insgesamt ausgesprochen biegsam. Betrachtet man nur die großen geopolitischen Analysen des 20. Jahrhunderts, so wird deutlich, dass es häufig zu einer Art Komplizenschaft zwischen einer bestimmten geopolitischen Analyse und einer politischen Ideologie gekommen ist. So entwickelte Homer Lea in seinem 1912 publizierten Buch *The Day of the Saxon*<sup>2</sup> eine umfassende Rechtfertigung der britischen Kolonialherrschaft, die er als notwendig und unvermeidlich darstellte. Ein weiteres bekanntes Beispiel für diese kaum aufgearbeitete Verkleidung des Zeitgeistes im Gewand der Geopolitik ist das Werk Karl Haushofers, dessen Lehre vom Lebensraum durch seine »Zeitschrift für Geopolitik« erheblichen Einfluss auf die außenpolitischen Zielsetzungen des nationalsozialistischen Deutschlands hatte. Im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert haben die geopolitischen Analysen Zbigniew Brzezinskis einen großen Einfluss auf die US-amerikanische Politik ausgeübt. Doch auch hier zeigt sich wieder, wie leicht sich geopolitische Argumente mit subjektiven Motiven verbinden und von diesen überlagert werden können. Brzezinski, der Sohn eines polnischen Diplomaten, blieb sein Leben lang ein Gefangener seiner Familiengeschichte. Nicht umsonst stellte der amerikanische Ökonom James K. Galbraith einst in einem Artikel fest: »Für Brzezinski stellt es eine Art Hobby dar, Russland Schaden zuzufügen.«<sup>3</sup>

Vieles deutet deshalb darauf hin, dass das Resultat einer geopolitischen Untersuchung weit stärker von der Weltanschauung ihres Autors abhängig ist als von der Geografie. Wer vom machtpolitischen Aufstieg des eigenen Landes träumt, wird schnell die geopolitischen Argumente parat haben, die dieses Ziel als notwendig und alternativlos erscheinen lassen. Die Geografie dient dann oft nachträglich als Versatzstück, um eine weltanschauliche Argumentation im Gewande wissenschaftlicher Objektivität zu präsentieren.

## Von Vietnam bis Afghanistan: Die inhärente Schwäche der Geopolitik

Diese Eigenart der geopolitischen Logik wäre leicht korrigierbar, wenn sie mit anderen Denkweisen in der öffentlichen Auseinandersetzung konkurrieren müsste. Doch leider besteht ein Merkmal der aktuellen Wiederkehr der Geopolitik darin, dass sie zumindest in der westlichen Öffentlichkeit gerade nicht diskutiert wird, sondern zunächst auf Thinktanks beschränkt bleibt, deren Analysen selten ins Licht der Öffentlichkeit geraten. Das ist kein Zufall: Denn sobald geopolitische Analysen sich dem kritischen Blick der Öffentlichkeit aussetzen müssten, würde die Hybris dieser Disziplin nur allzu deutlich sichtbar werden. Jede öffentliche Debatte über Geopolitik würde früher oder später die oft fiktiven Prämissen dieser Disziplin enthüllen und ihrem politischen Einfluss enge Grenzen setzen. Doch weder gab es in früheren Jahren eine solche Debatte, noch gibt es sie heute.

So aber kann die Logik der Geopolitik in ein falsches Sicherheitsgefühl umschlagen. Auf diese Weise werden immer wieder in irgendeinem Thinktank *Grand Strategies* erdacht, deren Umsetzung dann in der Realität spektakulär scheitert. Es gibt zahlreiche Fälle, die diese inhärente Schwäche der Geopolitik belegen. Ein besonders prominentes Beispiel stellt der Vietnamkrieg dar. Diesem Krieg lag die sogenannte Dominotheorie zugrunde, nach der das Beispiel eines sozialistischen Vietnams alle übrigen Staaten Südasiens wie Dominosteine zum Umfallen, sprich: zum Übertritt ins sozialistische Lager, bewegen würde. Die US-Politik war gänzlich von diesen geografischen Erwägungen bestimmt und übersah deshalb die kulturelle und historische Dimension des Konflikts. So verstanden die amerikanischen Militärexperten nicht, dass die Vietnamesen in erster Linie um die Unabhängigkeit ihres Landes kämpften und der Sozialismus für sie lediglich Mittel zu diesem Zweck darstellte. Weil die USA die Motive ihrer Gegner falsch einschätzten, verloren sie sich immer tiefer in diesem Krieg. Am Ende wurde Vietnam zwar sozialistisch, jedoch ohne dass der von den Geostrategen prognostizierte Effekt eintrat – eine Fehlkalkulation, die 50 000 amerikanische Soldaten und rund 3,5 Millionen Vietnamesen mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Nicht weniger fragwürdig als die Lehre vom Dominoeffekt ist die auf den Briten Sir Halford Mackinder (1861–1947) zurückgehende Lehre vom *Heartland* (Herzland), der Klassiker unter den geopolitischen Denkfiguren.<sup>4</sup> Fragt man einen Geostrategen, warum die Weltmächte immer wieder in Afghanistan Krieg geführt haben – Großbritannien im 19. und frühen 20. Jahrhundert, die UdSSR von 1979 bis 1989 und die Nato seit 2001 –, so wird er einem wahrscheinlich antworten, dass Afghanistan zu den Ländern gehört, die im »Herzland« liegen. Damit ist die Zentralregion Eurasiens gemeint; besonders die Region zwischen dem Kaukasus und dem tibetanischen Hochland wird als der wichtigste Teil des »Herzlandes« betrachtet. Sie soll deshalb so wichtig sein, weil die Macht, die diese geografische Region beherrscht, sich damit genau zwischen den eurasischen Großmächten China, Indien, Russland und Europa platziert und diese somit militärisch eindämmen sowie ihre Handelsrouten und Energieflüsse besser kontrollieren könnte. Dies wiederum würde es einer solchen Macht ermöglichen, ihren Einfluss vom Zentrum Eurasiens weiter auszudehnen und so allmählich zur wichtigsten Macht der Welt zu werden. Denn Eurasien wird oft als der mit Abstand bedeutendste Kontinent angesehen, da er rund zwei Drittel der Weltbevölkerung, circa zwei Drittel der weltweiten Rohstoffe und auch den größten Teil der globalen Wirtschaftsleistung beherbergt. Hinzu komme noch, dass das »Herzland« die am weitesten vom Meer entfernte Region der Erde ist. Für jede Landmacht, die die herrschende Seemacht USA herausfordern wollte, würde das Herzland somit eine Art natürliche geografische Festung darstellen, von der aus es beginnen könnte, seine Gegenmacht aufzubauen und so auch den Luftstreitkräften der Seemacht den Zutritt ins Innere des Kontinents zu verwehren.

So plausibel diese Theorie angesichts der geografischen Lage der Kontinente zunächst klingt, so wenig lässt sich ihre Richtigkeit historisch belegen. Denn in den zurückliegenden 2 500 Jahren gab es immer wieder Phasen, in denen eine der umliegenden Mächte (China, die Mongolei, Persien und Russland) weitreichenden Einfluss im Herzland hatte – wie zuletzt die UdSSR, die bis 1991 einen großen Teil der Region ums Kaspische Meer kontrollierte –, doch nie führte dieser Einfluss, wie von den Geostrategen prognostiziert, zu einer Kontrolle des

gesamten eurasischen Kontinents. Dies deutet darauf hin, dass die dem Herzland zugeschriebene Rolle als Machtmultiplikator lediglich ein Mythos ist, eine akademische Kopfgeburt, die, einmal in die Welt gesetzt, ein sonderbares Eigenleben führt, ohne wirklich jemals bewiesen worden zu sein.<sup>5</sup>

## **Die fatale Unausweichlichkeit der Geopolitik**

Eine weitere fatale Besonderheit der Disziplin der Geopolitik besteht darin, dass, sobald ein Land oder Militärbündnis die geopolitische Logik zur Grundlage ihrer Außenpolitik macht, die umliegenden Länder in gewisser Weise gezwungen werden – und sei es nur aus Gründen der Selbstverteidigung –, sich die geopolitische Denkweise ebenfalls zu eigen zu machen. Denn wenn die Geopolitik als bestimmendes Paradigma in die Außenpolitik Einzug hält, so konstituiert sie zugleich auch Realität: Indem ein mächtiger Staat schwächere Staaten zur Berücksichtigung ihrer Logik zwingt, setzt die Geopolitik eine Dynamik in den internationalen Beziehungen in Gang, die zu immer mehr Spannungen und kriegerischen Handlungen führt und am Ende wie die Bestätigung der geopolitischen Prämissen erscheint. Letztlich funktioniert die Theorie wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Die Geostrategen fühlen sich durch das Eintreten des Krieges bestätigt und kommen selbst gar nicht auf die Idee, dass ihre eigene Disziplin die Wirklichkeit erst erzeugt haben könnte, die sie wiederum als die Bestätigung ihrer Theorie lesen.

Ein Beispiel, das diesen Zusammenhang besonders anschaulich macht, ist das Ende des Kalten Krieges. In der Spätphase dieser Konfrontation gab es zumindest einen ernst gemeinten Versuch, aus dem Zwangscharakter der geopolitischen Logik auszubrechen. Das atemberaubende Wettrüsten der 80er-Jahre hatte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs Überlegungen in Gang gesetzt, wie sich die Kriegsgefahr wieder eindämmen ließe. Dabei waren verschiedene Sicherheitsexperten auf den Gedanken verfallen, dass es darauf ankäme, Sicherheit so umzudefinieren, dass diese nicht mehr gegen einen Konkurrenten, sondern mit diesem zusammen hergestellt würde.

Die Konzeption der »gemeinsamen Sicherheit« setzte jedoch voraus, dass keine der beiden Seiten ernsthaft mit einem Angriff zu rechnen hätte. Diese Voraussetzung konnte nur erfüllt werden, wenn es gelänge, das Militär auf beiden Seiten so umzuorganisieren, dass es zwar stark in der Verteidigung, jedoch schwach in der Offensive wäre. Ein Abbau der offensiven Fähigkeiten der einen Seite hätte das Sicherheitsgefühl der anderen Seite erhöht und dieser so erlaubt, ebenfalls seine Offensivkraft zu reduzieren. Durch diese Form der vertrauensbildenden Verteidigung hätten sich am Ende zwei in der Defensive starke, jedoch in der Offensive schwache Armeen gegenüber gestanden. Ein realer Krieg wäre unter diesen Bedingungen kaum noch denkbar gewesen.

Innerhalb der westlichen Öffentlichkeit wurden diese Vorschläge von dem Friedensforscher Horst Afheldt, Oberstleutnant Norbert Hannig sowie von Studiengruppe »Alternative Sicherheitspolitik«, die der Politikwissenschaftler Lutz Unterseher gegründet hatte, vertreten.<sup>6</sup> Leider konnten sie sich im westlichen Bündnis nicht durchsetzen. Umso bemerkenswerter ist es, dass diese Ideen schließlich 1989 von Michael Gorbatschow aufgegriffen und in den Staaten des Warschauer Vertrages umgesetzt wurden: Der auf eine Offensive mit konventionellen Streitkräften ausgelegte Militärapparat der Sowjetunion wurde bis zum schließlich eintretenden Zerfall der UdSSR auf eine defensive Struktur umgerüstet.<sup>7</sup> Dabei ergriff Gorbatschow die Initiative, ohne einen langen Verhandlungsprozess mit den USA abzuwarten.

## **Gorbatschow und das Versagen des Westens**

Gorbatschows Skepsis gegenüber der klassischen Geopolitik drückte sich noch in anderen Aspekten seiner Politik aus, wie beispielsweise dem Rückzug aus Osteuropa und die an wenige Bedingungen geknüpfte Wiedervereinigung Deutschlands. Beide Handlungen ergaben aus geopolitischer Perspektive kaum Sinn. Denn deren Lehrsätze sehen so etwas wie eine »freiwillige Aufgabe von Macht« gar nicht vor. Gorbatschow dagegen sah sie als vertrauensbildende Maßnahmen an und wollte auf der Grundlage des so hergestellten Vertrauens die

außenpolitische Vision eines gemeinsamen Hauses Europas begründen. Es ging ihm letztlich darum, nicht nur den Kalten Krieg, sondern auch die Spuren des Zweiten Weltkrieges endgültig zu überwinden.

Heute wird Gorbatschow diese Form der Politik als Dummheit, Naivität und von manchen sogar als Verrat ausgelegt. Gemessen an den Resultaten trifft dies wohl auch zu. Durch sein einseitiges Zugehen auf den Westen gab er die Verhandlungsmacht auf, die doch die Voraussetzung für einen stabilen Friedensschluss gewesen wäre. Gorbatschow hatte aus heutiger Perspektive höchst naive Vorstellungen von der Natur und der inneren Logik des westlichen Weltsystems. Er nahm das westliche Versprechen von Demokratie und Volkssouveränität für bare Münze und überschätzte so die Friedensfähigkeit der westlichen Gesellschaften. Jedoch stand er damit nicht alleine.

Viele sowjetische Bürger der 80er-Jahre hatten nach drei Generationen Sozialismus und Jahrzehnten der Isolierung vom Westen schlicht und ergreifend vergessen, was eine kapitalistische Gesellschaftsordnung im Alltag wirklich bedeutet. Sie sahen nur die Früchte der kapitalistischen Wirtschaftsweise und taten ihre Schattenseite unbekümmert als sozialistische Propaganda ab. Entsprechend leichtfertig war man bereit, den Versprechen westlicher Medien zu glauben. Dass sich hinter der Fassade oberflächlicher Freiheit und Individualität auch im Westen eine straffe Hierarchie verbarg, nahm man so nicht wahr. Stattdessen glaubte man, es wäre möglich, die Vorteile des Kapitalismus und des Sozialismus miteinander zu verbinden, ein fataler Irrtum, wie sich später herausstellte. Gorbatschow war in gewisser Weise die Verkörperung dieser kollektiven Fehleinschätzung.

Dennoch, trotz dieses Irrtums, der für die Völker der Sowjetunion fatale Folgen gehabt hat, stellte die Politik Gorbatschows den ersten Versuch in der jüngeren Geschichte dar, aus der Zwangslogik der Geopolitik auszubrechen. Sein Versuch, eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen, scheiterte nicht ausschließlich an seiner eigenen Naivität, sondern auch daran, dass er im Westen keinen Partner fand, für den die Errichtung einer dauerhaften Friedensordnung ebenfalls ein wirkliches Anliegen gewesen wäre. Seine Friedensinitiative wurde von der westlichen Politik nicht als Chance, sondern – ganz im Sinne der geopolitischen Logik – als Schwäche gedeutet. Damit war ein für das 20. Jahrhundert einmaliger und für das 21. Jahrhundert potenziell wegweisender Versuch fehlgeschlagen.

Obwohl nach dem Zerfall der Sowjetunion auch Boris Jelzin Gorbatschows Angebot an den Westen über viele Jahre hinweg aufrechterhielt, machte sich die NATO alsbald daran, ihren Einflussbereich auszudehnen. Gegen Ende der 90er-Jahre und insbesondere nach dem 11. September 2001 nahm diese Ausdehnung zusehends die Gestalt einer militärischen Einkreisung an. Russland wurde an seiner Südgrenze mit amerikanischen Militärbasen umstellt. Gleichzeitig schritten die Planungen für einen Raketenschild an der West-, Ost- und Nordgrenze des Riesenlandes immer weiter voran. Zusammen mit der sich gleichzeitig immer weiter entwickelnden Bewaffnung des erdnahen Weltraums sollte das nukleare Patt des Kalten Krieges endgültig zugunsten der USA aufgelöst werden. Die Vereinigten Staaten versuchten ihre eigene Sicherheit durch offensive Rüstung zu maximieren und nahmen dabei den Sicherheitsverlust Russlands billigend in Kauf.

Die in den 80er-Jahren diskutierte Idee einer »gemeinsamen Sicherheit« war damit ganz und gar aus der geopolitischen Diskussion verschwunden. Russlands schnelle militärische Reaktion während der vom georgischen Präsidenten Saakaschwili ausgelösten Georgienkrise 2008 erwies sich im Rückblick als ein Signal an den Westen dahingehend, um diesen mit der Instabilität der von ihm selbst gestalteten neuen expansionistischen Weltordnung zu konfrontieren. Tatsächlich kam die NATO-Expansion vorerst zum Erliegen, während jedoch gleichzeitig die Entwicklung des Raketenschildes und der Weltraumbewaffnung weiter vorangetrieben wurden. Parallel dazu begannen die USA einen beispiellosen Informationskrieg gegen die Russische Föderation zu führen. Leider erhielten im so entstandenen Klima auch in Russland geopolitisch interessierte Kreise wieder Auftrieb.

## Der bloß behauptete Realismus

Dieses historische Beispiel zeigt zum einen die Unausweichlichkeit der Geopolitik, sobald eine Seite sie verfolgt. Das Festhalten des Westens an der geopolitischen Logik ließ auch Russland zu dieser Denkweise zurückkehren – eine Kursänderung, die von westlichen Medien seither lauthals angeprangert wird. Zum anderen zeigt es aber auch, dass ein Argument, das von geopolitischen Strategen immer wieder gern geltend gemacht wird, angezweifelt werden kann – nämlich das ihres besonderen Realismus.

Geostrategen argumentieren oft, sowohl gegenüber Pazifisten als auch gegenüber Vertretern einer alternativen Sicherheitspolitik, dass die Abschaffung der geopolitischen Logik nicht möglich sei. Die Geopolitik, so ihr Argument, beschreibe Realitäten, mit denen sie sich nun einmal auseinandersetzen müssten. Dass aus diesen Realitäten oft Kriege hervorgehen, sei bedauernswert, aber leider nicht immer zu vermeiden. Sowohl der Pazifismus als auch der Verzicht auf eine offensive Militärstrategie seien dagegen eine Form von Utopie, die mit der Realität letztlich nichts zu tun habe.

Doch wie real sind die vermeintlichen Realitäten der Geopolitik wirklich? Gab es nach dem Ende des Kalten Krieges wirklich eine unabänderliche Realität, die uns zwang, einen Raketenschild zu errichten? Die uns zwang, die NATO nach Osten auszudehnen, und die dazu nötigte, Russland militärisch einzukreisen? Letztlich hat diese Politik in erster Linie dazu geführt, dass Russland sich vom Westen wieder distanzierte. Heute bildet das Land zusammen mit China und Iran eine zwar lockere, aber doch wirksame Allianz gegen den Westen. Die Politik des Westens war somit kontraproduktiv. Welche Seite war hier also in einer Fiktion gefangen, die Anhänger der Geopolitik oder ihre Kritiker?

Geopolitik wird klassischerweise an Militärakademien gelehrt und unterrichtet. Doch indem die dortigen Studenten etwa den Unterschied zwischen Land- und Seemacht studieren und erfahren, dass einzelnen Ländern bei der Kontrolle des geografischen Raums eine katalytische Funktion zukommt, werden sie blind für andere Faktoren, die die Geschichte gleichfalls beeinflussen – speziell für die Kultur und Historie eines Landes.

Hätten etwa jene US-amerikanischen und britischen Geostrategen, die 1953 einen Putsch gegen den iranischen Präsidenten Mohammad Mossadegh organisierten, über diese Faktoren nachgedacht, so wäre ihnen aufgefallen, dass der Iran neben China die vielleicht älteste Tradition von Staatlichkeit besitzt. Der Iran hat 2 500 Jahre vollkommen selbstständig und außerhalb der westlichen Kultursphäre existiert. Er hat dabei seine eigene Antike, sein eigenes Mittelalter, seine eigenen Renaissance hervorgebracht. Der Iran besaß eine vollkommen eigenständige Philosophie, Literatur- und Kunstgeschichte und verfügte über eigenständige politische Tradition. Seine seit mehr als 2 500 Jahren tradierte Geschichte stiftete Nationalbewusstsein und schärfte das Urteilsvermögen seiner Eliten bei der Beurteilung weltpolitischer Zusammenhänge.

All das berücksichtigten die Sicherheitsexperten jedoch nicht, als sie 1953 die »Operation Ajax« planten. Stattdessen waren sie von partikularen Interessen bestimmt. Die Briten wollten den durch demokratische Wahlen an die Macht gelangten iranischen Präsidenten stürzen, um die von ihm durchgeführte Verstaatlichung der Ölquellen zulasten von British Petroleum (BP) wieder rückgängig zu machen. Die USA wiederum wollten Mossadegh von der Macht entfernen, weil sie fürchteten, dass ein demokratischer Iran sich irgendwann in der Zukunft Moskau annähern könnte. Die Lehre vom »Herzland« gebot es, Moskau daran zu hindern, über Teheran einen eigenen Zugang zum Indischen Ozean zu erlangen. Der Putsch wurde durchgeführt und der Schah installiert. Dass nun die Loyalität des Irans nicht länger von Wahlergebnissen abhängig war, wurde in Washington und London als Erfolg gewertet.

Mit anderen Worten: Die Sicherheitsexperten Großbritanniens und der USA behandelten Iran so wie später auch Panama, Honduras oder Guatemala. Ihnen kam nicht einmal in den Sinn, dass es langfristig fatale Folgen haben könnte, wenn man in einem Land wie dem Iran einen Putsch nach dem Muster einer Bananenrepublik durchführt. Wie Stephen Kinzer in seinem Buch *Im Dienste des Schah*<sup>8</sup> überzeugend dargelegt hat, ist der Putsch von 1953 die eigentliche Ursache des auch noch heute andauernden Konflikts zwischen dem Iran und den USA. Bis heute rächt es sich bitter, dass die damaligen Sicherheitsexperten zwar viel über die Bedeutung von Meeresengen, Landbrücken und ökonomische Interessen wussten, aber so gut wie nichts über die iranische

Geschichte und Kultur.

Indem Geostrategen die Geografie für eine feststehende Größe halten, unterschätzen sie die Interpretierbarkeit von Landkarten. Auf diese Weise sind sie blind für partikulare Interessen, die unbemerkt in die Deutung von Karten eingehen und sie verzerren. Oft dient die geopolitische Analyse als ein Schleier, hinter dem sich ganz andere Interessen verbergen, etwa das Bedürfnis nach nationaler Überlegenheit oder Identität, der Wunsch nach Abgrenzung oder Freund-Feind-Unterscheidungen bis hin zum Rassismus. Durch die vielfältigen Deutungsmöglichkeiten der Geografie kann die Geopolitik von den verschiedensten Ideologien instrumentalisiert werden.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass in geopolitischen Analysen eines regelmäßig zu kurz kommt – nämlich das Nachdenken über die Grundlagen der menschlichen Zivilisation. Geopolitik beschreibt die inhärente Logik von Machtzusammenhängen. Eine Grundannahme der Geopolitik, ja vielleicht deren grundlegendste, ist, dass die Ausdehnung von Macht wünschenswert sei. Doch die Macht des einen ist die Ohnmacht des anderen. Das, was unter dem Gesichtspunkt der Zivilisation etwas Positives wäre, nämlich eine möglichst machtfreie Beziehung zwischen Staaten und Kulturen, stellt sich in der Geopolitik als etwas Negatives dar. Sobald ein Geostratege die Wahl zwischen einer geopolitischen Ausgleichssituation und einer Machtexpansion hat, wird er sich gemäß den Prämissen seines Fachs für die Machtexpansion entscheiden. Ausgleich sieht die Geopolitik nur dort vor, wo eine zwischenzeitliche Pattsituation diesen erzwingt. Kippt die Machtbalance nach einiger Zeit zu der einen oder anderen Seite, folgt daraus aus geopolitischer Perspektive grundsätzlich der Impetus zur Machtexpansion. Die freiwillige Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts zwischen Staaten, auch wenn sich ein Machtgefälle herausgebildet hat, macht aus Perspektive der Geopolitik schlicht und ergreifend keinen Sinn.

## **Falsch verstandener »Realismus« versus revolutionäre Werte**

Welche weitreichenden Implikationen diese Logik beinhaltet, zeigt eine Aussage des berühmten Geostrategen George F. Kennan, der auch als einer der Architekten des Kalten Krieges gilt. In einem von ihm nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Frühphase des Kalten Krieges 1948 verfassten Strategiepapier heißt es: »Wir müssen sehr vorsichtig sein, von unserer ›Führungsrolle‹ in Asien zu sprechen. Wir betrügen uns und andere, wenn wir vorgeben, eine Lösung für jene Probleme zu besitzen, die die meisten dieser asiatischen Menschen bewegen. Wir besitzen etwa 50 Prozent des Reichtums dieser Welt, stellen aber nur 6,3 Prozent ihrer Bevölkerung. Dieser Unterschied ist im Verhältnis zwischen uns und den Völkern Asiens besonders groß. In einer solchen Situation kommen wir nicht umhin, Neid und Missgunst auf uns zu lenken. Unsere eigentliche Aufgabe in der nächsten Zeit besteht darin, eine Form von Beziehungen zu finden, die es uns erlaubt, diese Wohlstandsunterschiede ohne ernsthafte Abstriche an unserer nationalen Sicherheit beizubehalten. Um das zu erreichen, werden wir auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten müssen; und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere ureigensten, nationalen Vorhaben konzentrieren müssen. Wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung leisten könnten. [...] Wir sollten aufhören von vagen – und für den Fernen Osten – unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser.«<sup>9</sup>

Kennan hat in dieser Textpassage eine Grundprämisse der Geopolitik offenbart. Seine Aussage macht deutlich, dass es sich um eine Disziplin handelt, die grundsätzlich nicht die Gattungsfrage stellt, also nicht danach fragt, worauf die Menschheit insgesamt hoffen darf. Die Einsichten dieser Disziplin zielen lediglich darauf ab, den Reichtum und die Macht des einen Landes zu Lasten des anderen zu sichern. Es handelt sich um eine Pseudo-Wissenschaft, die Methoden und Techniken bereitstellt, um schwächere Länder und Kulturen abhängig zu halten und sie eventuell sogar gezielt zu verarmen.

Die politischen Werte der europäischen Staaten sind dagegen aus Revolutionen hervorgegangen. Sie orientierten sich an den Idealen der Aufklärung und waren auf die Befreiung nicht nur einzelner Nationen, sondern auf die der Menschheit insgesamt gerichtet. Insofern die westliche Außenpolitik heute in weiten Teilen von der geopolitischen Denkweise bestimmt wird und ihren Prämissen unreflektiert folgt, dementiert sie ihre eigenen politischen Traditionen und gerät in einen schwer auszuhaltenden Widerspruch zu sich selbst.

## **Der Zwangs- und Gewaltcharakter der geopolitischen Denkweise**

Damit der Zwangs- und Gewaltcharakter der geopolitischen Denkweise durchbrochen werden könnte, bedürfte es deshalb eines weit kritischeren Bewusstseins für die Prämissen der westlichen Außenpolitik. Ansätze hierfür sind immerhin bereits erkennbar. Speziell im Internet ist in den letzten Jahren eine zunehmend kritische Gegenöffentlichkeit entstanden, die sich die geopolitische Denkweise angeeignet hat, deren Grundannahmen allerdings – im Unterschied zu den Regierungen – kritisch diskutiert. Dabei zeigt sich, dass die meisten geopolitischen Konzepte kaum mehrheitsfähig sind, sobald die Öffentlichkeit Kenntnis von ihnen gewonnen hat. So hat die Entstehung einer außenpolitischen Gegenöffentlichkeit im Internet die Wirkungskraft medialer Angstkampagnen zur Durchsetzung von Kriegen bereits stark herabgesetzt.

Bisher findet dieser Prozess der Selbstaufklärung jedoch nur in einem kleinen Teil der westlichen Bevölkerung statt. Die meisten Menschen interessieren sich hauptsächlich für Zusammenhänge, die ihr direktes Lebensumfeld betreffen. Die machtpolitischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und in Zentralasien sind viel zu weit weg und zu abstrakt, um von der Mehrheit als Politikum aufgefasst zu werden. Dennoch fühlt die Mehrzahl, dass etwas mit der von westlichen Medien propagierten Weltsicht nicht stimmt. Alternative Erklärungsansätze stoßen auf immer mehr Offenheit und Neugier.

Der Wandel muss am Ende aus der Gesellschaft selbst kommen, da die Institutionen strukturell nicht in der Lage sind, ihren Kurs zu ändern. Sollte die westliche Außenpolitik weiterhin undemokratisch von in Thinktanks beschäftigten Geostrategen entworfen werden, werden sich die bisherigen Trends fortsetzen. Wahrscheinlich würde es dann zu weiteren Kriegen im Nahen Osten kommen, die, wie schon in der Vergangenheit, weitere Wellen antiwestlicher Ressentiments auslösen würden. Auch das Verhältnis zu Russland und China könnte sich infolgedessen weiter verschlechtern und schließlich in einen neuen Kalten Krieg einmünden. Im Zuge einer solchen Entwicklung könnten schließlich immer mehr Länder und Kulturen ihre Identität in Abgrenzung zum Westen definieren. Am Ende dieser Entwicklung könnte eine Welt stehen, in der die westlichen Staaten massive Konflikte mit großen Teilen der südlichen und östlichen Hemisphäre unterhalten. Spätestens dann träte das Desaster der westlichen Außenpolitik offen zu Tage und könnte auch von Spin-Doktoren nicht länger geschönt werden.

Damit es nicht so weit kommt und der gegenwärtige Übergang von der unipolaren, westlich dominierten zur multipolaren Welt nicht derart verheerend verläuft, muss unsere Gesellschaft endlich den fatalen Einfluss der Geopolitik auf die Außenpolitik thematisieren. Die Rolle sogenannter Sicherheitsexperten in den zuständigen Gremien muss genauso kritisch diskutiert werden wie die Widersprüche der Geopolitik selbst. An die Stelle der zirkulären geopolitischen Rationalität sollten stattdessen philosophische und geisteswissenschaftliche Ansätze treten. Statt um die Deutung von Landkarten ginge es vielmehr darum, unsere eigene Geschichte zu befragen und die geistige Tradition Europas für das tiefere Verständnis unserer Gegenwart und Zukunft heranzuziehen. Sollte ein derartiger Prozess der Selbstaufklärung über die Grundlagen westlicher Außenpolitik tatsächlich in Gang kommen, würde Europa vielleicht vorübergehend an Macht verlieren. Doch auf kultureller und zivilisatorischer Ebene könnte es langfristig nur gewinnen.